

Wer bei der Agrarforschung spart, schadet der Landwirtschaft und erhöht die gesellschaftlichen Kosten von morgen

Stellungnahme des FiBL zum Entlastungspaket 2027

04.05.2025

Gemäss der aktuellen Finanzplanung erwartet der Schweizer Bundesrat unter Berücksichtigung der Schuldenbremse ein strukturelles Defizit von bis zu 3 Milliarden Franken. Vor diesem Hintergrund ist es aus unserer Sicht grundsätzlich nachvollziehbar, dass der Bund durch ein umfassendes Massnahmenpaket das Defizit ausgleichen möchte und hierfür vor allem auf der Ausgabenseite ansetzt. Zudem erachten wir es als angemessen, dass dabei insbesondere die Kosten überprüft werden, bei denen anzunehmen ist, dass (a) die politischen Ziele mit weniger öffentlichen Mitteln erreicht werden können (Effizienzüberlegungen), (b) die Zuständigkeiten von Bund und Kantonen sich überschneiden (Aufgabenteilung) und (c) die gebundenen Ausgaben so stark wachsen, dass sie andere Aufgaben verdrängen (Ausgabenentflechtung).

Als nicht zielführend, sondern im Gegenteil kontraproduktiv, beurteilen wir in diesem Zusammenhang jedoch die vom Bund vorgeschlagenen Kürzungen bei der landwirtschaftlichen Ressortforschung sowie beim Schweizerischen Nationalfonds SNF, von denen auch das FiBL betroffen wäre. Denn: Einsparungen in der Agrarforschung führen zu geringeren Einkommen für die bäuerlichen Betriebe und führen mittelfristig unter dem Strich zu höheren Kosten für die Gesellschaft. Insbesondere die nachfolgenden Aspekte wurden unserer Ansicht nach bei den vorgeschlagenen Einsparungen nicht ausreichend berücksichtigt.

(1) Anpassungsdruck der Landwirtschaft erfordert eine leistungsfähige Agrarforschung

Angesichts der enormen ökologischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen steht die Schweizer Landwirtschaft unter einem sehr hohen Anpassungsdruck. Ausgehend von den Verfassungszielen und den Zielen des «Zukunftsbild 2050» verfolgt der Bundesrat deshalb die Vision einer «Ernährungssicherheit durch Nachhaltigkeit von der Produktion bis zum Konsum». Im Bericht zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik von 2022 hat das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) deshalb vier strategische Stossrichtungen für die Entwicklung einer nachhaltigen Land- und

Ernährungswirtschaft bis 2050 festgelegt: (a) die Sicherstellung der Ernährungssicherheit, (b) die Förderung einer klima-, umwelt- und tierfreundlichen Nahrungsmittelproduktion, (c) die Stärkung der nachhaltigen Wertschöpfung und (d) die Förderung eines nachhaltigen und gesunden Konsums.¹

Um die mit den vier strategischen Stossrichtungen verbundenen Ziele zu erreichen, braucht es eine leistungsfähige Forschung und Beratung. Ihre Aufgabe ist es, neues Wissen zu generieren und weiterzugeben und damit einen wesentlichen Beitrag zu leisten, dass die Landwirtschaft die Ressourcen effizient und nachhaltig einsetzt, gesunde Lebensmittel mit vielfältigen Mehrwerten erzeugt und dabei ihre Produktionsgrundlagen und die Umwelt wirksam schützt und einen Beitrag zur Erhaltung einer hohen Landschaftsqualität leistet.

(2) Kurzfristige Einsparungen führen zu langfristigen Mehrausgaben

Vor diesem Hintergrund hätte eine Kürzung der Agrarforschungsmittel weitreichende negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft, die Umwelt und die Gesellschaft. Denn die Schweizer Agrarforschung:

- entwickelt neue Technologien und Anbaumethoden, die die Produktivität und Nachhaltigkeit der Landwirtschaft verbessern und ihre Zukunft sichert. Eine Reduzierung der Mittel verzögert oder verhindert die Einführung innovativer Lösungen, was die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft beeinträchtigt.
- trägt dazu bei, dass die landwirtschaftliche Produktion sich an veränderte klimatische Bedingungen anpassen kann und die Versorgungssicherheit gewährleistet ist. Eine Kürzung der Mittel schränkt die Fähigkeit der Landwirtschaft ein, auf Herausforderungen wie den Klimawandel oder neue Schädlinge zu reagieren.
- entwickelt Methoden zur Reduktion des Einsatzes von Pestiziden und zur Förderung der Biodiversität. Eine Kürzung der Mittel behindert die Umsetzung solcher umweltfreundlichen Praktiken, was langfristig zu einer weiteren Beeinträchtigung der Umwelt führt.

Zu konstatieren ist deshalb: Investitionen in die Agrarforschung führen oft langfristig zu Einsparungen durch effizientere Produktionsmethoden und geringeren Ressourcenverbrauch. Eine Reduzierung der Forschungsausgaben könnte hingegen zu höheren Kosten für Landwirte und die Gesellschaft führen – und somit dem Ziel des Entlastungsprogramms zuwider laufen.

¹ <https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/72187.pdf>

(3) Biolandbau in besonderer Weise betroffen

Negative Auswirkungen sind in besondere Weise zu erwarten, wenn die Forschungsmittel zur Erforschung und Weiterentwicklung biologischer und agrarökologischer Produktionsmethoden gekürzt werden. Der Biolandbau gilt – wie zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen² – als eine besonders nachhaltige Form der Landbewirtschaftung, die zur Bewältigung der skizzierten Herausforderungen im Agrarbereich einen wichtigen Beitrag leistet. Nachbarländer (z.B. Deutschland, Frankreich) und die Europäische Union haben deshalb in den letzten Jahren ihre Forschungsförderung im Bereich des biologischen Landbaus deutlich erhöht. Von den Sparvorschlägen des Bundes wäre der Schweizer Biolandbau überproportional betroffen, da das FiBL nicht zur Intramuros-Forschung zählt und deshalb von den Kürzungen in der Ressortforschung unmittelbar betroffen wäre.

(4) Begründung für Kürzung ist unzureichend

Die vorgeschlagenen Kürzungen in der landwirtschaftlichen Forschung können nicht mit Effizienzüberlegungen begründet werden. Auch die anderen beiden Kriterien (Aufgabenteilung, Ausgabenentflechtung) treffen nicht zu. In ihrem Bericht³ hat die Expertenkommission zur Ausgaben und Subventionsüberprüfung dies bestätigt und eingeräumt:

«Isoliert betrachtet, sind [die Einsparungen] teilweise – namentlich bei den Kürzungen der Forschungsausgaben – aufgrund der Beurteilung gemäss dem Prüfraster der Expertengruppe nicht begründbar».

Abgeleitet werden sie aus einer ausgabenpolitischen Gesamtschau:

«Wenn weiterhin politischer Konsens darüber besteht, dass die Verteidigungsausgaben bis 2035 auf 1 Prozent des BIP erhöht werden sollen und dafür keine einnahmenseitigen Massnahmen ergriffen werden, ist im Sinne der Opfersymmetrie eine umfassende Priorisierung über sämtliche Ausgaben angezeigt.»

Angesichts der oben genannten Herausforderungen, denen sich die Schweizer Landwirtschaft gegenüber sieht, sowie der positiven, potenziell kostensenkenden Wirkung der landwirtschaftlichen Forschung ist die mit der Kürzung verbundene Prioritätensetzung zu hinterfragen.

Ferner ist auch die im erläuternden Bericht zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens⁴ geäusserte Feststellung, dass «die Bundesverwaltung [...] ihre Aufgabe künftig mit weniger externer Forschung erfüllen bzw. jene

² <https://link.springer.com/article/10.1007/s13165-025-00493-w>

³ <https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/89485.pdf>

⁴ <https://www.efv.admin.ch/dam/efv/de/dokumente/brennpunkte/erlaeuternder-bericht.pdf.download.pdf/erlaeuternder-bericht-d.pdf>

Forschungsergebnisse nutzen [muss], welche die Forschenden ohnehin – unterstützt durch die allgemeine Forschungsförderung – produzieren» als unzureichend zu kritisieren. Die Mittel im Bereich der landwirtschaftlichen Ressortforschung dienen dazu, die strukturelle Leistungsfähigkeit der Agrarforschung zu erhalten. Da die allgemeine Projekt-bezogene Forschungsförderung mit einer Programmpauschale von üblicherweise bis zu 20% nicht kostendeckend ist⁵, hätte eine Kürzung den Abbau von Strukturen und damit eine strukturelle Schwächung der landwirtschaftlichen Ressortforschung zur Folge.

(5) Forschungsstandort Schweiz wird geschwächt

Aus den gleichen Gründen erachten wir auch die geplante Kürzung beim SNF für nicht zielführend. Diese würde die Qualität und Innovationskraft des Forschungsstandorts erheblich schwächen und das Vertrauen in die Schweizer Wissenschaft untergraben. Besonders betroffen wären Nachwuchsforschende, deren Stellen an Hochschulen wegfallen könnten, was zu einem Abwandern von Talenten ins Ausland führen würde. Damit verliert die Schweiz wertvolle Fachkräfte, die in der Forschung aber auch in der Wirtschaft und Verwaltung dringend gebraucht werden.

Aufgrund der obigen Ausführungen lehnt das FiBL den Vorschlag ab, die Mittel für die landwirtschaftliche Ressortforschung und den SNF zu kürzen.

⁵ https://www.german-u15.de/Publikationen/Positionen_-Statements_-Stellungnahmen/2013-02-Universitaetsfinanzierung/index.html